



BV info 3

Nr. 1
März 2007



Foto: pixelquelle.de

AUFNAHMESTOPP PROTESTE ERFOLGREICH!

inhalt

> **Organtage
15. Gewerkschaftstag**

> **Vorstellung der Landesvertretung
bei BM Dr. Schmied**

Editorial

Rückblick – Ausblick

Die letzten Wochen waren geprägt von unterschiedlichsten Themen, die einerseits „nur gewerkschaftspolitisch“ wichtig sind und waren sowie andererseits die österreichische politische Landschaft verändert haben oder werden. Als gewerkschaftspolitische GÖD-Erfolgsmeldung bezeichne ich, dass einer der wichtigen Anträge der GÖD an den ÖGB-Kongress – Schaffung der Möglichkeit zur Zulassung eines Zweigvereines und die damit verbundene Aussicht zur rechtlichen Selbstständigkeit – aufgrund des nahezu einstimmigen Beschlusses am ÖGB-Kongress verwirklicht werden



Monika
Jantschitsch

kann. Als gewerkschaftspolitisch sehr bedenklich, um nicht zu sagen undemokratisch bzw. unmoralisch, bezeichne ich das Wahlverhalten so mancher Delegierter am ÖGB-Kongress. Denn wir sind nun die einzige Fachgewerkschaft, die nicht durch ihren Vorsitzenden im ÖGB-Vorstand vertreten ist.

Apropos Wahlverhalten – als „Ottillie Normalverbraucherin“ hat „Mann/Frau“ sich schon gefragt, ob's und wann's denn endlich was wird mit einer Regierung. Lange wurden Koalitionsverhandlungen zwischen SPÖ und ÖVP geführt und ab 10. Jänner 2007 war es nun soweit, dass ein Regierungsübereinkommen paktiert wurde. Dieses Regierungsprogramm enthält leider (wieder!) viele „Seltsamkeiten“ für den öffentlichen Dienst. Kaum war die Regierung in Amt und Würden, hatten wir die Mitteilungen über die Medien, dass vor allem im öffentlichen Dienst und hier speziell bei der Verwaltung eingespart werden muss. Als ich diese Meldung das erste Mal hörte, dachte ich bei mir: „Das darf aber jetzt nicht wahr sein, fällt ‚denen‘ wirklich nichts anderes ein als uns ‚krank zu sparen?‘“ Wir haben seit 1995 einen permanenten Personalabbau und dafür aber eine wundersame qualitative und quantitative Aufgabenvermehrung. Na hoff ma, dass es zumindest unser Ressort „nicht trifft“. Ich hatte bereits das Regierungsübereinkommen durchgeschaut und als positiv bewertet, dass eine Aufgabenreform samt Aufgabenverantwortung wahrgenommen werden wird und dass es zur Per-

sonalkonsolidierung kommen muss. Konsolidieren (= festigen, befestigen, erhärten, besiegeln, stärken, vertiefen, sichern) ist ja grundsätzlich nichts Schlechtes, dachte ich. Falsch gedacht, denn die Mitglieder der Regierung haben das Wort wohl anders interpretiert, als es im Duden nachzulesen ist! Bei einer der ersten Ministerratsitzungen am 25. Jänner 2007 kam es dann zum Ministerratsvortrag, der lautete: absoluter Aufnahmestopp bis das Budget steht. Und als „Belohnung“ für den Aufnahmestopp kam dann einige Tage später die Meldung, dass nur jede zweite durch Pensionierung frei werdende Planstelle nachbesetzt werden darf und die Differenz zwischen der Zahl der Bediensteten (im Teilzeitbereich) und der Zahl der Planstellen um 40 Prozent zu verkleinern ist. Diese letzte Meldung hat dann das „Fass zum Überlaufen gebracht“. Schnelles Reagieren war notwendig und so entstand unter anderem auch ein gewerkschaftlicher Protestbrief „Betroffenheit bei der Unterrichtsverwaltung“ vom 1. Februar 2007.

Am 12. Februar wurde ich gemeinsam mit unserem Vorsitzenden der GÖD, Fritz Neugebauer, eingeladen mit der neuen Unterrichtsministerin über „unsere Betroffenheit“ zu reden. Gerne bin ich dieser Einladung nachgekommen und gewann während des Gesprächs den Eindruck, dass Frau BM Dr. Claudia Schmied unsere Bestürzung versteht und auch nachvollziehen kann. Sie versprach sich dafür einzusetzen, dass es in unserem Ressort zumindest zu keiner linearen Personaleinsparung kommt. Bei diesem halbständigen Gespräch war es auch möglich, die allerwichtigsten Themen wie z.B. Arbeitsplatzbeschreibung und -wertigkeit unserer Sekretärinnen und Schulwarte, die Gewährleistung der Fort- und Weiterbildung sowie das Fehlen von Kollektivverträgen in den ausgegliederten Bundesmuseen und der ÖNB anzusprechen. Es war wohl-tuend von ihr zu hören, dass sie eine Befürworterin der gelebten Sozialpartnerschaft ist. Ich hatte den Eindruck, dass unsere neue Ministerin unsere Anliegen und Bedenken ernst nimmt und ein offenes Ohr für unsere berechtigten Forderungen hat und ich hege die Hoffnung, dass es nicht bei „Lippenbekanntnissen“ bleibt.

Ihre Monika Jantschitsch

Redaktionsschluss

für die nächste
Ausgabe:

18. Mai 2007

Übermittlung von Beiträgen bitte an die E-Mail-Adresse simone.gartner-springer@bmbwk.gv.at mit dem Betreff „BV 3-Info samt Artikelbezeichnung“ senden. Es wird ersucht, die Beiträge mit Überschrift abzufassen und nach dem Beitrag den vollständigen Namen der Autorin bzw. des Autors sowie – soweit vorhanden – ein Digitalfoto anzufügen. Für den Fall der Beifügung von Fotos wäre auch der Name des Fotografen anzugeben und dessen Zustimmung zur Veröffentlichung einzuholen.

IMPRESSUM: Herausgeber und Medieninhaber: GÖD Wirtschaftsbetriebe GmbH, Teinfaltstraße 7, 1010 Wien. **Chefredaktion und für den Inhalt verantwortlich:** Mag. Simone Gartner-Springer, A-1010 Wien, Gonzagagasse 12, E-Mail: simone.gartner-springer@bmbwk.gv.at. **Sekretariat:** Kerstin Wieder, Montag bis Donnerstag 9 – 15 Uhr, Freitag 8 – 12 Uhr, Tel.: 01/534 54-115. **Produktion und Konzeption:** Modern Times Media VerlagsgesmbH., 4020 Linz, Büro Wien: Tel.: 01/513 15 50. **Druck:** Niederösterreichisches Pressehaus, Druck- und Verlagsges.m.b.H., 3100 St. Pölten. **DVR-Nr.:** 0046655. Die in der Zeitschrift „BV 3-Info“ wiedergegebenen Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung der Redaktion und der Herausgeber. Jeder Autor trägt die Verantwortung für seinen Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die Übereinstimmung aller Mitarbeiter zu erzielen. Änderungen auch namentlich gezeichneter Artikel sind vorbehalten. Wir bitten um Verständnis, dass manche Autoren die leichte Lesbarkeit einer geschlechtsneutralen Formulierung vorziehen. Unverlangt eingereichte Manuskripte werden nicht retourniert.



Mag. Simone
Gartner-Springer

Im Blickpunkt der Gewerkschaftsarbeit

15. Gewerkschaftstag der GÖD vom 4. – 7. Dezember 2006, Teil 2

Von Mag. Simone Gartner-Springer, Pressereferentin der BV 3

Der 15. Gewerkschaftstag der GÖD – als höchster Organtag – hat vom 4. bis 7. Dezember 2006 im Messezentrum Wien stattgefunden. Die berührende Eröffnung erfolgte durch 200 Kinder der Offenen Volksschule an der Alten Donau, die mit ihrem Lied „Hand in Hand“ verdeutlichten, dass nur mit einem starken ÖGB und mit starken rechtsfähigen Teilgewerkschaften ein wirklicher Neubeginn ermöglicht wird. Zudem führte die Eröffnungsfeier die übernommene Verantwortung der derzeitigen Generation für die künftigen Generationen klar vor Augen.

Bei den durchgeführten Wahlen des Führungsteams der GÖD wurden Fritz Neugebauer und sein Team mehrheitlich wiedergewählt und so in ihren Ämtern bestätigt. Im Zuge der dreitägigen Arbeitssitzung wurde seitens der Delegierten über 613 Anträge abgestimmt, wobei den Delegierten sieben Abstimmungskalküle zur Verfügung standen: 1 = Annahme (d.h. je nach Inhalt des Antrags ist dieser einer baldigen Umsetzung zuzuführen oder es sind seitens der GÖD Verhandlungen mit dem Dienstgeber aufzunehmen), 2 = Annahme – in einem Leitantrag enthalten, 3 = Zuweisung an den Vorstand, 4 = Weiterleitung an den ÖGB, 5 = Weiterleitung an das zuständige Organ, 6 = überholt, 7 = Ablehnung.



oben: Delegierte und Gastdelegierte am 15. Gewerkschaftstag
Stehend von links nach rechts: H. Coslop, A. Büchler, S. Breuer, S. Schubert, E. Grimling, M. Jantschitsch, J. Pauxberger, H. Bittermann, J. Jürs;
Sitzend, von links nach rechts: A.G. Müller, S. Gartner-Springer, T. Weldschek

unten: Wortmeldung unserer Vorsitzenden im Rahmen des 15. Gewerkschaftstages der GÖD



Die Bundesvertretung 3 (BV 3) hat zum 15. Gewerkschaftstag 20 Anträge eingebracht, wobei der Schwerpunkt auf dem Gebiet des Besoldungs- und Dienstrechtes lag. Im Rahmen dieser Organtage ist es auf Grund der effizienten Vorbereitung seitens der BV 3 und

der dadurch gegebenen Nachvollziehbarkeit der Inhalte der Forderungen gelungen, dass zahlreiche Anträge seitens der Antragsprüfungskommission mit dem günstigsten Kalkül 1 versehen wurden. Insgesamt stellt sich das Abstimmungsbild wie folgt dar:

Fotos: Alexandra Büchler

Mit der Verpflichtung der Führung von Verhandlungen seitens der GÖD mit dem Dienstgeber (Kalkül 1) wurden folgende Anträge angenommen:

Anträge betreffend

- Schaffung einer Karriere-möglichkeit auch für Beamtinnen und Beamte in ausgegliederten Dienststellen, wonach die GÖD Verhandlungen führen soll, dass künftig auch die Arbeitsplätze der Beamten in ausgegliederten Einrichtungen eine verwendungs-adäquate Bewertung erfahren;
- Erhaltung des Anspruchs auf Fahrtkostenzuschuss bei Wohnsitzwechsel, auch wenn der neue Wohnsitz weiter als 20 km von der Dienststelle entfernt liegt;
- Ausgliederungsstopp;
- Berücksichtigung von privaten Vordienstzeiten beim Urlaubsausmaß (danach soll die GÖD dahingehend Verhandlungen führen, dass künftig auch jene Zeiten, die der Bedienstete in einem Dienstverhältnis bei einem anderen Arbeitgeber verbracht hat, bei der Berechnung der Höhe des Urlaubsausmaßes Berücksichtigung finden);
- Möglichkeit der Aufnahme von Ersatzkräften bei Eintritt des Beschäftigungsverbot nach dem Mutterschutzgesetz auch für Beamtinnen (Kalkül 1 und 3);
- Änderung des Gebührengesetzes dahingehend, dass Zeugnisse über erfolgreich absolvierte Ausbildungen (z.B. die Grundausbildung) künftig gebührenfrei auszustellen sind;
- Änderung des § 65 Gehaltsgesetzes bezüglich der Gleichstellung von z.B. Zeiten als Schulaufsichtsorgan und als Direktor im Rahmen der Anrechnung;

Mit Kalkül 2 wurden folgende Anträge versehen:

- Einführung der Leistungsprämie auch für Vertragsbedienstete, die nicht optiert haben und für Beamte;
- Bindung aller im Nebengebühren-katalog angeführten Nebengebühren ihrer Höhe nach an das Gehalt der Dienstklasse V, Gehaltsstufe 2 mit dem Zweck der dadurch gegebenen Gewährleistung von künftigen Anpassungen;
- Umsetzung des geplanten Pensionskassensystems für Beamtinnen und Beamte ab dem Jahrgang 1955;

Mit Kalkül 3 wurden nachstehende Anträge versehen:

Anträge betreffend

- Ermöglichung eines Vorruhestandsmodells für Beamte der allgemeinen Verwaltung;
- Erhöhung der Kinderzulage und Verknüpfung der Höhe der Kinderzulage mit dem Gehalt der Dienstklasse V, Gehaltsstufe 2;
- Erhöhung der Abgeltung für angeordnete Bereitschaftsdienstleistung;
- Erreichen einer finanziellen Abgeltung für die Tätigkeit u.a. als Brandschutzbeauftragter;
- Überdenken der Modalitäten für die Einhebung der Mitgliedsbeiträge;
- Aufwertung der besoldungsrechtlichen Stellung der FachinspektorInnen im Bereich der Schulaufsicht;
- Änderung der Richtlinien für das Verfahren zur Verleihung von Berufstiteln (Hofrat/Hofrätin; Regierungsrat/Regierungsrätin) mit der Möglichkeit der Verleihung derartiger Titel auch an Schulaufsichtsbeamte von mittleren und höheren Schulen;

Folgende Anträge wurden mit Kalkül 4 angenommen:

Anträge betreffend

- Aufnahme von Verhandlungen hinsichtlich der Novellierung des § 117 des Arbeitsverfassungsgesetzes über eine Erhöhung der Anzahl der Freistellungen im Betriebsrat;
- Ausweitung des Geltungsbereiches des § 132 ArbVG auf die Interessenvertretung der Universitäten zur Ermöglichung der wirtschaftlichen Mitbestimmung;

Folgender Antrag wurde – mit Gegenstimmen der Delegierten der BV 3 – abgelehnt:

- Forderung der Gewährung der Kinderzulage auch für teilbeschäftigte Bedienstete in vollem Ausmaß (statt wie bisher im aliquoten Ausmaß).

Für zwei Anträge aus dem Bereich „Organisation“ mit dem Inhalt der Festschreibung der Frauenreferate als eigenes Organ in der GO der GÖD sowie der Änderung des GÖD-Statutes bzw. der GO zwecks Berücksichtigung des Frauenanteils in jedem gewerkschaftlichen Gremium entsprechend der weiblichen Mitgliederzahl war das Kalkül 3 vorgesehen. Aufgrund von Kalküländerungsanträgen unserer Vorsitzenden Monika Jantschitsch ist es gelungen, dass die beschriebenen Anträge im Zuge der erfolgreichen Abstimmung nunmehr mit dem stärksten Kalkül 1 versehen sind und diese schrittweise umgesetzt werden.

Die Bundesleitung wird den Verlauf der Verhandlungen über die Anträge mit Kalkül 1 beobachten bzw. die weitere Behandlung der einzelnen Anliegen in den unterschiedlichen Gremien im Auge behalten und zu gegebener Zeit wieder darüber berichten. ◆

Anliegen des Zentralausschusses



Johann Pauxberger

Am 15. Februar 2007 hatte der Zentralausschuss die Möglichkeit zu einem Vorstellungsgespräch bei Bundesministerin Dr. Claudia Schmied. Dabei wurden insbesondere folgende Themen besprochen:

Von Johann Pauxberger, Dienst- und Besoldungsreferent der BV 3



Fotos: Monika Jantschitsch



Planstelleneinsparung – Aufnahmestopp

Wir haben darauf hingewiesen, dass eine Einsparung im Verwaltungsbereich im Unterrichtsressort nicht mehr möglich ist. Die Gründe dafür liegen auf der Hand:

- Die über 600 Dienststellen im Ressort sind teilweise sehr klein. Im Falle einer Einsparung ist es daher nicht möglich, dass Aufgaben von anderen Bediensteten miterledigt werden.
- Es kam zu einer Aufgabenvermehrung an den Schulen durch Schulautonomie, Schulvermarktung, Aufnahmeverfahren, ...
- Tätigkeiten z.B. einer Schulsekretärin/eines Schulsekretärs, einer Schulwartin/eines Schulwartes, einer Köchin/eines Koches sind unverzichtbar.
- In den vergangenen Jahren wurden bereits 500 Planstellen eingespart. Der Bedarf an zusätzlichen Planstellen

lässt sich anhand der geltenden Planstellenausstattungsschlüssel nachweisen. Auch die Pädag. Hochschulen und Schulen, die vor der Übernahme durch den Bund stehen, benötigen zusätzliche Planstellen.

Eigenreinigung

Es ist uns gelungen, bei BM Dr. Schmied ein Bewusstsein für die Wichtigkeit der Eigenreinigung, vor allem auch im Hinblick auf die beschäftigungs- und sozialpolitische Bedeutung insbesondere im ländlichen Raum, zu schaffen.

Krankenstandsvertretungen – Mehrleistungen für Teilbeschäftigte

Auf Grund der strengen Richtlinien für die Planstellenbewirtschaftung gibt es auch für längere Abwesenheiten keine Vertretung. Als Lösung haben wir die Möglichkeit der Bezahlung von Mehrleistungen

für Teilbeschäftigte in begründeten Ausnahmefällen und die Schaffung eines Planstellenpools für Vertretungen angeregt.

Landesschulräte/Stadtschulrat für Wien – Bildungsdirektionen

Die Sorgen der betroffenen MitarbeiterInnen müssen ernst genommen werden. Bevor eine Entscheidung darüber gefällt wird, ob eine künftige Bildungsdirektion Bundes- oder Landesbehörde wird, ist eine genaue Aufgabendefinition erforderlich. Nur eine einheitliche Vorgangsweise aller Bundesländer macht Sinn. Dem Zentralausschuss scheint es unwahrscheinlich, dass rund 7.000 Personen der Schulverwaltung von den Ländern übernommen werden.

Arbeitsplatzbeschreibungen Arbeitsplatzbewertungen

Entwürfe für Arbeitsplatzbeschreibungen wurden im Novem-

ber 2005 für die Schulsekretariate an AHS, HAK/HAS und BAKiP und im Juli 2006 für die Schulwarte dem BMBWK übermittelt. Diese wurden zwar grundsätzlich anerkannt, aber dem Bundeskanzleramt wegen der daraus resultierenden Mehrkosten (Controllingpunkte) nicht vorgelegt.

Fort- und Weiterbildung

Seit 2005 wird die Fort- und Weiterbildung vom BMBWK sehr erfolgreich durchgeführt. Dieser Weg, für den die MitarbeiterInnen dankbar sind und der sie sehr motiviert, sollte unbedingt fortgesetzt werden. Es sollten auch Veranstaltungsorte im Westen Österreichs gewählt werden, um KollegInnen aus diesem Bereich die Teilnahme zu erleichtern.

Pädagogische Hochschulen

Ca. 385 Bedienstete der Pädagogischen Akademien, Berufspädagogischen Akademien und Pädagogischen Institute sind zutiefst verunsichert. Sie werden zwischen den Interessen der Gründungsrektoren und jenen der derzeitigen Dienststellenleiter zermahlen. Wir haben Dr. Schmied ersucht, dahingehend einzuwirken, dass sowohl die Bediensteten als auch die für sie zuständigen Personalvertretungsorgane in die Vorhaben eingebunden werden. Für die Übernahme der Aufgaben, die derzeit von den Pädag. Instituten in Tirol (Land) und in Wien (Stadt) wahrgenommen werden, wurden noch keine Planstellen vorgesehen. Wir haben ersucht, dieses Problem rasch zu lösen.

BM Dr. Schmied hat bei allen angesprochenen Themen viel Verständnis gezeigt und angekündigt, regelmäßige Gespräche mit dem Zentralkomitee zu führen.

Wir hoffen, da die gute Gesprächsbasis und der Wille zur gemeinsamen Aufgabenbewältigung klar erkennbar waren, diese auch dazu führen, dass viele unserer Anliegen umgesetzt werden können. ◆

Protest zum Aufnahmestopp erfolgreich!

Ministerrat beschloss eine Ergänzung der Ausnahmen zum Aufnahmestopp um die Bediensteten an Bundesschulen.

Mit Ende Jänner dieses Jahres mussten wir mit Betroffenheit zur Kenntnis nehmen, dass auf Grund eines Ministerratsbeschlusses auch für unser Ressort ein Aufnahmestopp angeordnet wurde. Schnelles Reagieren seitens der Ständesvertretung (Gremien der Gewerkschaft wie Personalvertretung) war notwendig: So wurden insbesondere Briefe an politische Verantwortungsträger verfasst, in denen – im Hinblick auf die Personalstruktur im Bereich der Unterrichtsverwaltung – unsere Bestürzung über diese Maßnahme zum Ausdruck gebracht wurde.

Weiters wurden persönliche Gesprächsmöglichkeiten wahrgenommen (u.a. mit Bundesministerin Dr. Claudia Schmied), um die Ernsthaftigkeit der Situation zu verdeutlichen. Unser Einsatz hat sich gelohnt: Im beiliegenden Schreiben (auf Seite 7) teilt Bundesministerin Dr. Schmied mit, dass sie ermächtigt wurde, Aufnahmen sämtlicher Bediensteter im Bereich der Bundesschulen, die zur Aufrechterhaltung des Schulbetriebes unbedingt erforderlich sind, nach sorgfältiger Überprüfung im Einzelfall zu genehmigen.

Auszug aus dem Protestschreiben der Vorsitzenden der BV 3

Sehr geehrte Frau Bundesministerin!

Mit großer Betroffenheit mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass aufgrund eines Ministerratsbeschlusses ein absoluter Aufnahmestopp auch für unser Ressort und somit für alle Bediensteten der Unterrichtsverwaltung angeordnet wurde. ■ ■ ■

Sehr geehrte Frau Ministerin, ich ersuche Sie sehr eindringlich **sich dafür einzusetzen**, dass es in Ihrem **Ressort zu keinen weiteren Personaleinsparungen** kommt. Die Ständesvertretung hat in den letzten Jahren immer wieder versucht bei anstehenden Reformen mitzuwirken, sodass wir nun ein **Ressort** darstellen, welches als **modern, serviceorientiert und bürgernah** bezeichnet werden kann. Dieser **Standard** ist jedoch nur dann aufrecht zu erhalten, wenn das **entsprechende Personal** vorhanden ist.

Wir wurden bereits „gesund gesparrt“ bitte setzen Sie sich dafür ein, dass **dieses Ressort** und die **gesamte Verwaltung** dieses Ressorts jetzt nicht „krank gesparrt“ wird und dadurch eine **verantwortungsvolle Aufgabenerfüllung** durch die **Verwaltungsbediensteten** Ihres Ressorts **gewährleistet** bleibt.

Auszug aus dem Protestbrief des Vorsitzenden des ZA/Unterrichtsverwaltung

■ ■ ■ Die Dienststellen im Bereich der Schulverwaltung verfügen über eine Personalstruktur die weitere Einsparungen ohne Aufgabenreform unmöglich macht:

- Die Größe unserer Dienststellen ist überwiegend so beschaffen, dass der Einzug einer Planstelle große Auswirkungen auf den geordneten Dienstbetrieb nach sich zieht. Wenn das Sekretariat einer Schule aus 1,5 Planstellen besteht, bedeutet das eine Reduktion der Planstellen um zwei Drittel. ■ ■ ■

■ ■ ■ Ich ersuche daher Sie, sehr geehrte Frau Bundesministerin, dafür einzutreten, dass im Unterrichts- und Kulturbereich von undifferenzierten Einsparungen Abstand genommen wird.

Dr. Claudia Schmied
Bundesministerin für Unterricht,
Kunst und Kultur

Frau Vorsitzende
Monika Jantschitsch
Gewerkschaft Öffentlicher Dienst
Bundesvertretung 3
Gonzagagasse 12
1010 Wien

Wien, 3. März 2007

Sehr geehrte Frau Vorsitzende!

Für Ihr Schreiben vom 1. Februar 2007 und die beiden sehr informativen Gespräche mit Ihnen und Ihren Kolleginnen und Kollegen möchte ich mich herzlich bedanken.

Mir sind die Auswirkungen des mit Beschluss der Bundesregierung am 24. Jänner 2007 verhängten Aufnahmestopps auf den Schulbereich durchaus bewusst. Auch die Betroffenen von den Bundesschulen haben dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Rückmeldungen gegeben und auf mögliche Schwierigkeiten bei der Umsetzung hingewiesen.

Ich setze mich daher seit dem getroffenen Ministerratsbeschluss auf politischer Ebene dafür ein, dass die Auswirkungen im Bereich aller Bediensteten von Bundesschulen bestmöglich abgefangen werden können.

Diesbezüglich freut es mich ganz besonders, Ihnen mitteilen zu können, dass dieses Anliegen einer gemeinsamen Entscheidung der Bundesregierung am 3. März 2007 zugeführt werden konnte, wonach eine Ergänzung der Ausnahmen vom Aufnahmestopp um die Bediensteten des Berufsschulbereichs beschlossen wurde. In Entsprechung dieses Beschlusses wurde ich ermächtigt, Aufnahmen sämtlicher Bediensteten im Bereich der Bundesschulen, die zur Aufrechterhaltung des Schulbetriebs unbedingt erforderlich sind, nach sorgfältiger Überprüfung im Einzelfall zu genehmigen.

Mit freundlichen Grüßen

Claudia Schmied

Dr. Claudia Schmied

1014 Wien, Mariahilferplatz 3, T 01 531 20-0, minic

Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Zu Ihrem Schreiben betreffend Aufnahmestopp im Schulbereich kann ich Ihnen im Auftrag des Herrn Vizekanzlers mitteilen, dass beim vergangenen Ministerrat am 3. März 2007 ein Beschluss gefasst wurde, wonach Aufnahmen im Bereich der unmittelbar in Bundesschulen Bediensteten, die zur Aufrechterhaltung des Schulbetriebes erforderlich sind, im Einzelfall vom Aufnahmestopp ausgenommen sind.

Mit freundlichen Grüßen

[Handwritten Signature]

Oben: Schreiben von Bundesministerin Dr. Schmied an die Vorsitzende der BV 3, Monika Jantschitsch

Unten: Schreiben an den Vorsitzenden des ZA/Unterrichtsverwaltung, Johann Pauxberger, im Auftrag des Vizekanzlers Mag. Molterer



Wer räumt, wenn der Schulwart fehlt? Foto: APA/ÖNB

Personalstopp: Tirol fehlen Schulwarte

Tirols Schulen ohne Schneeräumung und mit ungeputzten Klos: Mit dem Personalstopp des Bundes ist das laut Gewerkschaft Realität.

die Direktoren notfalls die Schulen sperren, sagt Seier. Ausgefallene Putzkräfte hätten z.B. am BRG Pichlerplatz in Innsbruck „einen Reinigungsnotstand“ zur Folge, denn für Firmen und Lehrern nur Stunden en. testbrief ministerin betont für Putzschulwarte vom Aufnahmestopp der helen“.

ÖSTERREICH
Aufnahmestopp im Bundesdienst sorgt für Probleme • GÖD

St. Johanner Schule darf

Der rigorose Aufnahmestopp im Bundesdienst sorgt für immer größere Probleme in den Tiroler Schulen. So dürfen etwa die St. Johanner Tourismusschulen den Schulwart nicht mehr besetzen. Die Gewerkschaft ÖGB kritisiert die „stille“ Regelung. Im Ministerrat verspricht man rasche Abhilfe.

Mit Ende des Vorjahres trat die Schulwart in St. Johann seine Funktion an. Die Direktoren des Schulwart, Beate Palfander, bezog sich auf die Suche nach Ersatz. Nach der Abschwörung über den Landesrat folgten Gesprächen und eine Auswahl. Doch als man Nagel mit dem Köpfchen machen wollte kam der Rückzieher per E-Mail. Der Aufnahmestopp des Ministerrats bis zur Budgetaufstellung. Inzwischen hat, mache eine Nachbesprechung derzeit nicht möglich.

Zwei weitere Schulen in Innsbruck und Kitzbühel kämpfen mit dem gleichen Problem, andere wiederum müssen Reinigungspersonal einstellen. Und nicht zu Schloß Lehen realisiert werden – doch das alles ist derzeit nicht möglich.

„Eine absolute sinnlose Regelung“, kritisiert Gerhard Seier, Tirols GÖD-Vorsitzender. „Der Schulwart ist etwa für die Schneeräumung zuständig. Wenn

das nicht gemacht wird, wer hafter damit“, fragt sich Seier. Die nicht mögliche Nachbesetzung von Reinigungspersonal führe unter anderem in einer Innsbrucker Schule schon dazu, dass die ständige Mindeststandards nicht mehr eingehalten werden von den Lehrern“, so er und damit mehrere Lehrkräfte überstunden leisten und Jungeltern nicht eintragen können.

Landesschulrats-Direktor Reinhold Raffler sieht derzeit noch keine Alternativen. Das Problem: „Ein ganz normale Situation, wenn drüber kommen. Aber länger wird unübersichtlicher.“

Seier fürchtet aber, dass ein Budget erst Ende April stehe und der Aufnahmestopp so lange dauern werde. Deshalb hat er ein Schreiben an Ministerin Claudia Schmied gerichtet. Auf Anfrage der „Tiroler Krone“ ließ Schmied mitteilen, dass sie die Problematik beim Ministerrat am Mittwoch diese unterprechen und auch zu lösen.

VON STEFAN RIEF



Gerhard Seier (li) und Werner Salzberger von der Gewerkschaft

Hochklassiges Finale

Hallenkick in Kufsteinarena

Die Fußballmannschaften Sporkaus, Schenker, Innsbrucker Verkehrsbetriebe, Tiroler Gebietskrankenkasse, Kufsteiner Bank, Stadler, Hübner, Liebhart und Hans & Nishi kämpften am Samstag ab 9 Uhr in der Kufsteinarena um den Titel im 4. ÖGB-Kupen-Gemeinschaftsturnier „Tiroler Kronen“-Challenger-Wähler Präludium wird Franz Rott die Siegerehrung durchführen.

VVT kontra AK: Teuerung ist viel geringer

Der Vertriebsverband Tirol (VVT) wehrt sich gegen die Vorwürfe der Arbeiterkammer (AK), die kürzlich hatte, dass die Preissteigerungen bei den Tickets mit vier bis sechs Prozent zu hoch ausgefallen wären. Laut VVT wären die Jahreskarten mit 2,3 Prozent „moderater“, jene von Einzel tickets im durchschnittlich 3,3 Prozent verteuert worden. Damit würde der Kufsteinortteil gegenüber Antisprengern weiterhin ansteigen.

Wien, 05. März 2007

Quelle: Tiroler Tageszeitung, Kronenzeitung

Kollektivvertrag für Universitätsbedienstete

Einigung Dachverband – GÖD

Am Abend des 13. Februar 2007 konnte eine Einigung von Dachverband und GÖD in den für beide Sozialpartner substantziellen Bereichen in umfassender Weise erreicht werden. Der Kollektivvertrag dient der umfassenden Neugestaltung des universitären Dienstrechts sowohl für das wissenschaftliche als auch für das allgemeine Personal. Es handelt sich somit um eine Abkehr vom traditionellen Dienstrecht der Hochschullehrer und des nichtwissenschaftlichen

Personals auf der Basis des Beamten-Dienstrechtsgesetzes, des Gehaltsgesetzes und des Vertragsbedienstetengesetzes. Dernächste, unverzüglich zu setzende Schritt ist die politische Ebene im Wissenschafts- und Finanzministerium zu befassen und um die finanzielle Bedeckung des Verhandlungsergebnisses zu ersuchen. Ein gemeinsames Redaktionskomitee wird in den nächsten Wochen die verhandelten Texte sprachlich präzisieren, damit eine baldige formelle Unterzeichnung möglich wird.

Erhöhung der Lehrlingsentschädigung und der Nebengebühren

Die jeweils erhöhten Beträge betreffend die Lehrlingsentschädigung bzw. die Nebengebühren (Zulagen) finden Sie unter

www.bundessektion3.at

[<http://www.bundessektion3.at>](http://www.bundessektion3.at)

Betritt: Namensänderung Bundessektion/Landessektion

Am 15. Bundeskongress der GÖD wurde Folgendes beschlossen: Die Bezeichnungen „Bundessektion/Landessektion“ werden ersetzt durch „Bundesvertretung/Landesvertretung“. Diesbezüglich erfolgte auch die Umbenennung unseres Mitgliedermagazins in BV 3 Info.

OFFENLEGUNG GEMÄSS MEDIENGESETZ § 25

Wirtschaftsbetriebe Ges. m. b. H. der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, 1010 Wien, Teinfaltstraße 7. Unternehmensgegenstand: Herstellung und Verbreitung literarischer Werke aller Art. Geschäftsführung: Hermann Feiner. Einziger Gesellschafter: Bildungs- und Presseverein der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst. Sitz: Wien. Betriebsgegenstand: Herstellung und Verarbeitung sowie Verlag literarischer Werke aller Art. Die Blattlinie entspricht jenen Grundsätzen, die in den Statuten und der Geschäftsordnung der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (Fassung gemäß Beschluss durch den 15. Gewerkschaftstag der GÖD) festgehalten sind.

Reim

Hilfe!

Ich bin durchaus ein lieber Reimi, doch heute, liebe Leute, schleim' i, weil wieder in der Zeitung steht (es ist egal ob's geht, ob net): „Es wird gespart beim Personal!“ Bei wem und wie, das ist egal. Ich schrei's laut raus, dass' so net geht und hoffe, dass mich wer versteht!

Lieber Briefträger, falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige Adresse mit.

<input type="text"/>	
Name	
<input type="text"/>	
Straße	
<input type="text"/>	
Nr.	
<input type="text"/>	
PLZ	Ort
<input type="text"/>	<input type="text"/>